

Bericht der Frühjahrsession 2016

Neue Organisationsform der KTI auf Kurs

Der Nationalrat hat in der Frühjahrsession 2016 über die neue Organisationsform der Innovationsförderung beraten. In der grossen Kammer ist die Unterstützung für die Umwandlung der ausserparlamentarischen Kommission für Technologie und Innovation (KTI) in eine öffentlich-rechtliche Organisation gross. Der Ständerat wird sich voraussichtlich in der Sommersession dem Thema annehmen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und eine schöne Osterzeit.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

ENTSCHEIDE DES PARLAMENTS

Innosuisse-Gesetz ist auf Kurs

Der Nationalrat stimmte dem Umbau der Innovationsförderung mit 126 zu 55 Stimmen bei 12 Enthaltungen zu. Mit einem neuen Gesetz (**15.080**) wird die heutige ausserparlamentarische Kommission für Technologie und Innovation (KTI) in die öffentlich-rechtliche Anstalt Innosuisse umgewandelt. In der neuen Organisationsform sollen Fördergelder effizienter, transparenter und flexibler eingesetzt werden können. Innosuisse wird damit organisatorisch und finanziell dem Schweizerischen Nationalfonds gleichgestellt.

Innosuisse wird die gleichen Aufgaben wahrnehmen wie heute die KTI. Als einzige Neuerung sollen künftig herausragende Talente im Bereich der Innovation mit

Stipendien gefördert werden. Das Plenum des Nationalrats stimmte ausserdem dem Antrag einer Minderheit seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) zu, wonach Talente zusätzlich mit zinslosen Darlehen gefördert werden sollen.

Änderungen im Gesetzesentwurf

In zwei weiteren Punkten folgten die Nationalrätinnen und Nationalräte der Mehrheit der WBK-N und änderten den Gesetzesentwurf des Bundesrates entsprechend ab. So sollen die Mitglieder des nationalen Innovationsrates nicht nur einmal, sondern zweimal wiedergewählt werden können; das entspricht einer maximalen Amtszeit von zwölf Jahren. Ausserdem soll die Agentur Innosuisse Reserven von maximal 15 Prozent des Jahresbudgets bilden dürfen. Der Bundesrat setzte diesen Wert im Gesetzesentwurf auf 10 Prozent fest. Als Nächstes wird sich der Ständerat mit der Vorlage befassen.

Protokoll des Nationalrats vom 7. März 2016

Nationalrat stimmt abgeänderter BFI-Motion zu

Die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) soll auch in den Jahren 2017-2020 eine prioritäre Aufgabe des Bundes sein. Dies fordert die Mehrheit des Nationalrates, der mit 120 zu 61 Stimmen bei 4 Enthaltungen der Motion (**15.3011**) seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) zustimmte. Der Vorstoss beauftragt den Bundesrat, die notwendigen Reformen im BFI-Bereich umzusetzen, ohne dessen Substanz zu gefährden. Im Zentrum stehen dabei vier Förderungsschwerpunkte: der wissenschaftliche Nachwuchs, Massnahmen zur Erhöhung der Abschlusszahlen in der Humanmedizin, die Innovationsförderung sowie die höhere Berufsbildung.

Ursprünglich forderte die grosse Kammer mit diesem Vorstoss ein Wachstum der Finanzmittel von 3,9 Prozent im Rahmen der BFI-Botschaft 2017-2020. Die Ständerätinnen und Ständeräte lehnten jedoch eine festgeschriebene Wachstumsrate ab und änderten den Text der Kommissionsmotion in der Wintersession 2015 ab. In der Zwischenzeit überwies der Bundesrat die BFI-Botschaft an das Parlament. Er plant in den kommenden vier Jahren ein durchschnittliches jährliches Mittelwachstum von 2,0 Prozent. Die Wissenschaftskommission des Nationalrats wird die Botschaft ab April 2016 beraten.

Protokoll des Nationalrats vom 9. März 2016

Ausserdem haben die Parlamentarierinnen und Parlamentarier ...

➤ ... im Ständerat das Bundesgesetz über die Gesundheitsberufe (15.077) gutgeheissen, mit dem die Qualität in den Gesundheitsberufen gefördert werden soll. Die Ständerätinnen und Ständeräte lehnten den Vorschlag der Mehrheit ihrer Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur ab, zusätzlich Regeln für Masterstudiengänge im Bereich der Pflege in das Gesetz aufzunehmen. Der Entscheid fiel mit 20 zu 18 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

➤ ... im Ständerat eine Motion (15.4268) von Ständerat Didier Berberat abgelehnt, welche beantragte, das Stabilisierungsprogramm 2017-2019 aufgrund der aktuellen Konjunktur um ein Jahr nach hinten zu verschieben. Der Ständerat lehnte den Vorstoss mit 28 zu 13 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

VOM BUNDESRAT BEANTWORTET

Fachkräftemangel. Situationsanalyse

➤ Postulat (15.4111) von Nationalrätin Martina Munz (SP).
Eingereicht am 8. Dezember 2015.
Der Bundesrat hat am 17. Februar 2016 die Ablehnung des Postulats beantragt.

Verbundpartnerschaft ohne Verbundpartner? Die Bildungsanbieter in die Berufsbildung einbeziehen

➤ Interpellation (15.4124) von Nationalrat Gregor Rutz (SVP).
Eingereicht am 15. Dezember 2015.
Der Bundesrat hat am 17. Februar 2016 darauf geantwortet.

Berufsbildung. Die staatliche Anerkennung von höheren Fachschulen ist Bundessache

- Motion (15.4136) von Nationalrätin Rosmarie Quadranti (BDP).
Eingereicht am 16. Dezember 2015.
Der Bundesrat hat am 3. Februar 2016 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Zunahme der bürokratischen Belastung für Unternehmen im Bereich Berufsbildung und Lehrlingswesen

- Anfrage (15.1092) von Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP).
Eingereicht am 16. Dezember 2015.
Der Bundesrat hat am 17. Februar 2016 darauf geantwortet.
-

Wiederholte Angriffe auf den Französischunterricht. Ist es Zeit zu handeln?

- Interpellation (15.4190) von Nationalrat Mathias Reynard (SP).
Eingereicht am 17. Dezember 2015.
Der Bundesrat hat am 4. März 2016 darauf geantwortet.
-

Schöpft die Schweiz alle zur Verfügung stehenden Mittel aus, um die Innovation im Luftfahrtbereich zu fördern?

- Interpellation (15.4196) von Nationalrat Fathi Derder (FDP).
Eingereicht am 17. Dezember 2015.
Der Bundesrat hat am 17. Februar 2016 darauf geantwortet.
-

Neue gentechnische Verfahren. Rechtsunsicherheit bei Anwendungen an Tieren?

- Interpellation (15.4200) von Nationalrätin Maya Graf (GPS).
Eingereicht am 18. Dezember 2015.
Der Bundesrat hat am 17. Februar 2016 darauf geantwortet.
-

Schweizerisches Forschungsprojekt zur Erforschung der Wirkung nichtionisierender Strahlung auf elektrosensible Personen

- Motion (15.4214) von Nationalrätin Margret Kiener Nellen (SP).
Eingereicht am 18. Dezember 2015.
Der Bundesrat hat am 17. Februar 2016 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Verbot von Tierversuchen für Kosmetika, Reinigungs- und Haushaltsmittel

- Motion (15.4240) von Nationalrätin Maya Graf (GPS).
Eingereicht am 18. Dezember 2015.
Der Bundesrat hat am 4. März 2016 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Verbot von belastenden Tierversuchen an Primaten

- Motion (15.4241) von Nationalrätin Maya Graf (GPS).
Eingereicht am 18. Dezember 2015.
Der Bundesrat hat am 24. Februar 2016 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Aufschub des Stabilisierungsprogramms um ein Jahr

- Motion (15.4247) der Sozialdemokratischen Fraktion.
Eingereicht am 18. Dezember 2015.
Der Bundesrat hat am 17. Februar 2016 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Innovative KMU an öffentlich finanzierten Forschungsprojekten beteiligen

- Motion (15.4252) von Nationalrat Fathi Derder (FDP).
Eingereicht am 18. Dezember 2015.
Der Bundesrat hat am 17. Februar 2016 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Die Daten schützen, damit sie besser genutzt werden können. Eine dringende Notwendigkeit und eine Chance

- Interpellation (15.4253) von Nationalrat Fathi Derder (FDP).
Eingereicht am 18. Dezember 2015.
Der Bundesrat hat am 17. Februar 2016 darauf geantwortet.
-

Fehlende Ingenieure. Importieren oder ausbilden?

- Interpellation (15.4262) von Ständerat Pirmin Bischof (CVP).
Eingereicht am 18. Dezember 2015.
Der Bundesrat hat am 17. Februar 2016 darauf geantwortet.
-

Aufschub des Stabilisierungsprogramms um ein Jahr

- Motion (15.4268) von Ständerat Didier Berberat (SP).
Eingereicht am 18. Dezember 2015.
Der Bundesrat hat am 17. Februar 2016 die Ablehnung der Motion beantragt.

NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

Handlungsfähigkeit von Parlament und Bundesrat sichern. Artikel 121a BV umsetzen. Schubert-Praxis erhalten

- Interpellation (16.3043) von Nationalrat Hans-Ueli Vogt (SVP).
Eingereicht am 2. März 2016.
-

Subjektfinanzierung höhere Berufsbildung wirft Fragen auf

- Interpellation (16.3072) von Nationalrätin Martina Munz (SP).
Eingereicht am 10. März 2016.
-

Open Hardware, Open Software, Open Source, Open Data

- Motion (16.3119) von Nationalrat Corrado Pardini (SP).
Eingereicht am 16. März 2016.
-

Die KMU retten und stärken. Mit dem Innovations-Bon und weiteren konkreten Instrumenten

- Motion (16.3120) von Nationalrat Corrado Pardini (SP).
Eingereicht am 16. März 2016.
-

Initiative «gegen Masseneinwanderung»: Welche Risiken bestehen für die Schweizer Bildungs- und Forschungslandschaft?

- Interpellation (16.3139) von Nationalrat Manuel Tornare (SP).
Eingereicht am 17. März 2016.
-

Schaffung einer eidgenössischen Akkreditierung von höheren Fachschulen

- Postulat (16.3178) von Nationalrat Gerhard Pfister (CVP).
Eingereicht am 17. März 2016.
-

Digitalisierung und informatische Bildung. Gemeinsame Weiterentwicklung des digitalen Bildungsraumes

- Motion (16.3184) von Nationalrat Jonas Fricker (GPS).
Eingereicht am 17. März 2016.
-

Keine Bundessubventionen mehr für höhere Berufsschulen?

- Interpellation (16.3204) von Nationalrat Jean-François Steiert (SP).
Eingereicht am 18. März 2016.
-

Unsere innovativen KMU mit Anreizen zur Internationalisierung stärken

- Postulat (16.3262) von Nationalrat Claude Béglé (CVP).
Eingereicht am 18. März 2016.
-

Kosten und Nutzen der Freisetzungsversuche von GVO-Pflanzen

- Anfrage (16.1011) von Nationalrätin Martina Munz (SP).
Eingereicht am 18. März 2016.

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

KONTAKT

Netzwerk FUTURE

Münstergasse 64/66, 3011 Bern

Tel. 031 351 88 46, Fax 031 351 88 47

info@netzwerk-future.ch

www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.
Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI)
und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

23. März 2016
